

Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht II

Petersen

2. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-78729-4
C.H.BECK

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Petersen
Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht II


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht II

Grundrechte und Grundfreiheiten

Ein Studienbuch

von

Dr. Niels Petersen

o. Professor an der Universität Münster

2. Auflage, 2022

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: *Petersen* Dt. u. Europ. Verfr II

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 78729 4

ISBN E-Book 978 3 406 78730 0

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Dieses Lehrbuch geht auf eine innovative Änderung der Studienordnung der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster zurück. Traditionell werden die Vorlesungen im Verfassungsrecht und die Vorlesung Europarecht getrennt gelesen. Allerdings handelt es sich in der Praxis nicht um getrennte Rechtsmaterien. Vielmehr sind diese vielfach miteinander verzahnt. Nicht zuletzt greift das BVerfG seit seiner *Recht auf Vergessen II*-Entscheidung vom November 2019 mittlerweile zum Teil unmittelbar auf die Unionsgrundrechte zurück. Die Verzahnung spiegelt sich auch in der Prüfungspraxis wider. Rein europarechtliche Klausuren sind selten. Vielmehr haben verfassungs- oder verwaltungsrechtliche Klausuren oft auch eine europarechtliche Dimension. Um diese Verzahnung besser vermitteln zu können, haben wir in Münster das Europarecht in die beiden verfassungsrechtlichen Vorlesungen integriert. Für die Grundrechtsvorlesung bedeutet dies, dass neben den deutschen auch die europäischen Grundrechte sowie die europäischen Grundfreiheiten vermittelt werden.

Diese Konzeption spiegelt sich in diesem Lehrbuch wider. Die Grundrechte werden integriert dargestellt. Der Schwerpunkt liegt zwar nach wie vor auf den deutschen Grundrechten, da diese in der Prüfungspraxis immer noch am wichtigsten sind. Daneben werden aber auch detailliert die Parallelen und Unterschiede zu den europäischen Grundrechtsordnungen aufgezeigt. Zudem stellt ein Kapitel die europäischen Grundfreiheiten dar, während ein weiteres Kapitel auf das Verhältnis der unterschiedlichen Grundrechtsordnungen eingeht. Dieses Lehrbuch wird für das Organisationsrecht durch das Lehrbuch meiner beiden Kollegen Gernot Sydow und Fabian Wittreck, *Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I: Prinzipien, Institutionen, Verfahren*, dem dasselbe integrative Konzept zugrunde liegt, ergänzt.

Beide Lehrbücher richten sich nicht nur an Studierende, die eine Verfassungsvorlesung besuchen, in die das Europarecht bereits integriert ist. Wie eingangs angedeutet, ist das Europarecht gerade im Examen oft zusammen mit Rechtsproblemen des nationalen Rechts Gegenstand von Klausuren. Insofern erscheint es sinnvoll, zur Vorbereitung auf eine integrierte Darstellung zurückzugreifen.

Das vorliegende Buch behandelt neben den Grundrechten der EU auch die Grundrechte der EMRK. Zwar sind diese meines Wissens bisher in keinem Bundesland unmittelbar Prüfungsgegenstand. Allerdings ist die EMRK so eng mit den anderen beiden Grundrechtsordnungen verzahnt, dass mir eine Einbeziehung in dieses Lehrbuch geradezu notwendig erschien. Die EMRK ist Teil des europäischen Primärrechts und Auslegungsmaßstab für die EU-Grundrechtecharta. Der EuGH bezieht sich in seiner Grundrechtsrechtsprechung regelmäßig auf den EGMR. Aber selbst in Deutschland hat das BVerfG die Pflicht zur EMRK-konformen Auslegung des Grundgesetzes anerkannt.

Um den Umfang des Lehrbuchs angesichts des zusätzlichen Lehrstoffs nicht ausufern zu lassen, musste ich notwendigerweise eine Auswahl treffen und Schwerpunkte setzen. Das Lehrbuch konzentriert sich weitgehend darauf, die Grundzüge darzustellen, die zum Verständnis der Grundrechtsordnungen und der Grundrechtsprüfung notwendig sind. In meinen Augen eher zweitrangige Detailfragen habe ich entweder ausgespart oder nur sehr knapp behandelt. Es ist unmöglich, für die Klausur die Recht-

sprechung des BVerfG und des EuGH sowie die Kritik der Literatur an dieser bis in jede einzelne Verästelung zu kennen. Durch die Konzentration auf die Grundzüge soll vielmehr die Fähigkeit vermittelt werden, in der Klausur auch mit unbekanntem Problemkonstellationen umzugehen und diese einer vertretbaren Lösung zuzuführen.

Für die 2. Auflage habe ich das Lehrbuch aktualisiert und die zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung eingearbeitet. Insbesondere die bereits angesprochene *Recht auf Vergessen II*-Entscheidung des BVerfG stellt eine erhebliche Zäsur für die Verfassungsrechtsprechung zum Verhältnis zwischen Verfassungsrecht und Unionsrecht dar. Aber auch die COVID-19-Pandemie hat die Grundrechte seit März 2020 vor besondere Herausforderungen gestellt, was ich – im gebotenen Rahmen – versucht habe, in dieser Neuauflage zu reflektieren.

Dieses Buch hätte in dieser Form nicht ohne die Hilfe meines Lehrstuhlteams entstehen können. Ich bin insbesondere für Kommentare und Kritik, aber auch für Rechercharbeiten und redaktionelle Korrekturen meinen Mitarbeiter*inne*n Henrike Boll, Ingo Borgdorf, Johanna Fischer, Felix Fouchard, Eileen Friederichs, Eva Janke, Dilan Kilic, Marius Kühne, Luca Katharina Lichter, Annkathrin Lindert, Jonas Neumann, Niklas Steinke und Lea Wiesmüller zu großem Dank verpflichtet. Erfahrungsgemäß lassen sich Fehler auch trotz intensiver Kontrolle nie ganz vermeiden. Ich bin daher über entsprechende Hinweise, aber auch allgemein über Kommentare und Kritik jederzeit dankbar.

Münster, im Oktober 2021

Niels Petersen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XV
§ 1. Grundlagen	1
A. Die Legitimität der verfassungsgerichtlichen Grundrechtskontrolle in der Demokratie	2
B. Die verschiedenen Grundrechtsfunktionen	4
C. Die verschiedenen Ebenen des Grundrechtsschutzes	6
I. Völkerrechtlicher Schutz individueller Rechte	6
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention	7
III. Die Grundrechte des EU-Rechts	8
IV. Die Grundrechte im Grundgesetz	9
V. Die Landesgrundrechte	9
D. Grundrechte als Prinzipien?	9
E. Überblick über das Lehrbuch	11
§ 2. Die Struktur der Grundrechtsprüfung	13
A. Die drei Schritte der Grundrechtsprüfung	13
I. Schutzbereich	14
1. Persönlicher Schutzbereich	14
2. Sachlicher Schutzbereich	18
II. Eingriff	18
1. Klassischer und moderner Eingriffsbegriff	18
2. Grundrechtsbindung der öffentlichen Gewalt	20
3. Extraterritoriale Geltung von Grundrechten	21
4. Grundrechtsverzicht	22
III. Rechtfertigung	22
1. Gesetzesvorbehalt	23
2. Schranken-Schranken	25
B. Verhältnismäßigkeitsprinzip und gesetzgeberischer Einschätzungsspielraum	29
I. Struktur der Verhältnismäßigkeitsprüfung	29
1. Legitimes Ziel	29
2. Geeignetheit	30
3. Erforderlichkeit	30
4. Angemessenheit	31
II. Kritik der Angemessenheitsprüfung	33
III. Der gesetzgeberische Einschätzungsspielraum	34
C. Grundrechtskonkurrenzen und Grundrechtskombinationen	35
§ 3. Die Freiheitsrechte	38
A. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit	38
I. Schutzbereich	38

II. Eingriffe	39
III. Rechtfertigung	41
B. Freiheit und Freizügigkeit	42
I. Schutz der körperlichen Bewegungsfreiheit	43
1. Schutzbereich	43
2. Rechtfertigung	44
II. Freizügigkeit	46
1. Schutzbereich	46
2. Rechtfertigung	48
III. Auslieferungs- und Ausweisungsverbote	48
C. Kommunikationsfreiheiten	49
I. Schutzbereich	50
II. Rechtfertigung	53
D. Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	55
I. Versammlungsfreiheit	55
1. Schutzbereich	55
2. Rechtfertigung	57
II. Vereinigungsfreiheit	59
1. Schutzbereich	59
2. Rechtfertigung	61
III. Koalitionsfreiheit	61
E. Religions-, Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit	62
I. Schutzbereich	63
II. Rechtfertigung	64
F. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit	67
I. Schutzbereich	67
II. Rechtfertigung	69
G. Berufsfreiheit	69
I. Schutzbereich	70
II. Rechtfertigung	72
H. Eigentumsgarantie	73
I. Schutzbereich	74
II. Rechtfertigung	77
1. Enteignungen	77
2. Inhalts- und Schrankenbestimmungen sowie Nutzungsbeschränkungen	79
J. Schutz der Privatsphäre	80
I. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	81
1. Schutzbereich	81
2. Rechtfertigung	83
II. Achtung des Privat- und Familienlebens	84
1. Schutzbereich	84
2. Rechtfertigung	86
III. Unverletzlichkeit der Wohnung	87
1. Schutzbereich	87
2. Rechtfertigung	88
IV. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	89
1. Schutzbereich	89

2. Rechtfertigung	90
V. Schutz von Ehe und Familie	90
1. Schutzbereich	90
2. Rechtfertigung	92
VI. Recht auf Eheschließung	92
VII. Schutz der personenbezogenen Daten	93
K. Allgemeine Handlungsfreiheit	94
I. Schutzbereich	94
II. Rechtfertigung	95
§ 4. Menschenwürde, Sklaverei- und Folterverbot	96
A. Die Menschenwürdegarantie als Grundrecht?	97
B. Der Garantiegehalt der Menschenwürde	98
I. Ansätze zur Konkretisierung der Menschenwürde	98
II. Bestimmung des normativen Gehalts über Fallgruppen	99
C. Ist eine Rechtfertigung von Eingriffen möglich?	101
§ 5. Die Gleichheitsrechte	104
A. Der allgemeine Gleichheitssatz in Art. 3 Abs. 1 GG und Art. 21 GRC	105
I. Ungleichbehandlung	105
II. Rechtfertigung	106
1. Rechtfertigungsprüfung bei Art. 3 Abs. 1 GG	106
2. Rechtfertigungsprüfung im EU-Recht	108
III. Besondere Ausprägungen des allgemeinen Gleichheitssatzes in der Rechtsprechung des BVerfG	109
B. Besondere Gleichheitsrechte	110
I. Allgemeine Diskriminierungsverbote: Art. 3 Abs. 3 GG, Art. 21 GRC und Art. 14 EMRK	111
1. Differenzierung aufgrund eines verbotenen Merkmals	111
2. Rechtfertigung	113
3. Anwendungsbereich von Art. 14 EMRK	113
II. Besondere Diskriminierungsverbote	114
1. Besondere Diskriminierungsverbote im Grundgesetz: Art. 6 Abs. 1 und 5 GG	114
2. Das Diskriminierungsverbot aufgrund der Nationalität in Art. 18 AEUV	115
3. Das Verbot der Diskriminierung zwischen Frauen und Männern in Art. 157 AEUV	116
III. Bereichsspezifische Gleichheitsrechte	117
IV. Der Förderauftrag zur Hinwirkung auf die Gleichberechtigung	117
C. Folgen einer Ungleichbehandlung	118
§ 6. Justiz- und Verfahrensgrundrechte	120
A. Überblick und Prüfungsaufbau	120
B. Rechtsschutzgarantie	121
I. Gegenstand der Rechtsschutzgarantie	121
II. Gewährleistungsgehalt	122

C.	Recht auf ein faires Verfahren	123
I.	Schutzbereich	124
II.	Die Prozessgarantien des Rechts auf ein faires Verfahren	125
D.	Recht auf den gesetzlichen Richter	127
E.	Strafverfahrensrechtliche Garantien	128
I.	Nulla poena sine lege	129
1.	Begriff der Strafe	129
2.	Gewährleistungsgehalt	129
II.	<i>Ne bis in idem</i>	130
III.	Sonstige Garantien	131
§ 7.	Grundfreiheiten	133
A.	Rechtsnatur und Prüfungsaufbau	133
B.	Warenverkehrsfreiheit	134
I.	Tatbestand	135
II.	Rechtfertigung	138
1.	Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe nach der <i>Cassis-</i> Formel	138
2.	Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV	139
C.	Arbeitnehmerfreizügigkeit	141
I.	Tatbestand	141
II.	Rechtfertigung	143
D.	Niederlassungsfreiheit	144
I.	Tatbestand	144
II.	Rechtfertigung	145
E.	Dienstleistungsfreiheit	147
I.	Tatbestand	147
II.	Rechtfertigung	149
F.	Kapitalverkehrsfreiheit	150
§ 8.	Leistungsrechte, Schutzpflichten und Drittwirkung	151
A.	Grundrechtliche Schutzpflichten	151
B.	Drittwirkung von Grundrechten	153
C.	Schutzpflichten und Drittwirkung bei den Grundfreiheiten im EU-Recht	155
I.	Schutzpflichten	156
II.	Drittwirkung	157
D.	Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren	158
E.	Soziale Grundrechte	159
I.	Das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum	159
II.	Soziale Grundrechte in der EU-Grundrechtecharta	160
F.	Schutzpflichten und Drittwirkung in der Falllösung	161
§ 9.	Die gerichtliche Geltendmachung von Verletzungen der Grundrechte und Grundfreiheiten	163
A.	Die Verfassungsbeschwerde vor dem BVerfG	163
I.	Zulässigkeit	164

1. Zuständigkeit des BVerfG	164
2. Beschwerdefähigkeit	164
3. Prozessfähigkeit	164
4. Beschwerdegegenstand	165
5. Beschwerdebefugnis	165
6. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität	167
7. Form und Frist	169
II. Begründetheit	169
B. Die Individualbeschwerde zum EGMR	170
I. Zulässigkeit	170
1. Beschwerdegegenstand	170
2. Form und Frist	171
3. Prozessvertretung	171
4. Partei- und Prozessfähigkeit	171
5. Opfereigenschaft des Beschwerdeführers	171
6. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	172
7. Materielle Zulässigkeitsvoraussetzungen	172
II. Begründetheit	173
C. Die Geltendmachung von Verletzungen der Grundrechte und Grundfreiheiten vor dem EuGH	174
§ 10. Das Zusammenspiel der verschiedenen Grundrechtsordnungen	175
A. Der Dialog der Grundrechtsgerichte im „Mehrebenensystem“	175
B. Deutsche Grundrechte im Verhältnis zum EU-Recht und zur EMRK	178
I. Deutsche Grundrechte und Rechtsakte der EU	178
1. Solange-Vorbehalt	179
2. Schutz der Verfassungsidentität	180
3. Unionsgrundrechte im deutschen Verfassungsrecht	181
II. Deutsche Grundrechte und die EMRK	182
C. Die Anwendbarkeit der EU-Grundrechte	184
I. Mitgliedstaatliche Spielräume	185
II. Einschränkung von Grundfreiheiten	186
III. Doppelte Zurechnung mitgliedstaatlichen Handelns	186
D. Das Verhältnis zwischen EU-Grundrechten und EMRK	188
Stichwortverzeichnis	191